

Stettiner



Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 2. Januar 1887.

Nr. 46.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf die Monate Februar und März für die einmal täglich erscheinende Pommersche Zeitung mit 1 Mark, für die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 1 Mk. 34 Pfg. Bestellungen nehmen alle Postanstalten an.

Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 27. Januar. Gestern Abend fand im königlichen Palais eine kleinere Begegnung statt. Heute Vormittag empfing der Kaiser den zum Kommandanten von Straßburg ernannten bisherigen Kommandeur der 1. Division, General-Lieutenant v. Verdy du Vernois, den zum Kommandeur der 20. Division ernannten bisherigen Kommandeur der 9. Kavallerie-Brigade, Generalmajor v. Frankenberg-Lüttichow, und den bisherigen Chef des Generalstabes des 5. Armeekorps Bergmann, welcher zum Inspektor der Ingenieurschulen ernannt worden ist, sowie mehrere andere hohe Militärs zur Abstattung persönlicher Meldungen. Mittags nahm der Kaiser den Vortrag des Oberhof- und Hausmarschalls Grafen Berponcher entgegen, konferierte einige Zeit mit dem Kriegeminister Bronsart von Schellendorff und arbeitete mit dem Chef des Militär-Kabinetts. Nachmittags stattete Prinz Heinrich vor seiner Abreise nach Kiel den kaiserlichen Majestäten einen Besuch ab und später hatte der Kaiser eine Konferenz mit dem Staatssekretär des Aeußeren Grafen Herbert Bismarck. Am Abend werden die Allerhöchsten und die höchsten Herrschaften sich zur Soure und dem darauf folgenden Konzert ins hiesige königliche Schloß begeben.

Seine kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz empfing gestern Vormittag den Geheimen Rath Professor Dr. Hinpeter. Um 6 Uhr Nachmittags fand bei den kronprinzlichen Herrschaften ein Diner von 43 Bedienen zu Ehren des japanischen Prinzen Komatsu No Myia und dessen Gemahlin statt, zu welchem außer der Begleitung und dem Gefolge des japanischen Prinzenpaares auch der gegenwärtige japanische Gesandtschaftsleiter u. a. Staatssekretär Graf Herbert Bismarck, der Herzog von Sagan, der Ober-Zeremonienmeister Graf zu Eulenburg, der Gesandte von Bülow und viele andere hochgestellte Personen mit Einladungen beehrt worden waren. Zur Tafelmusik war die Kapelle des 2. Garde-Regiments u. a. befohlen. Abends besuchte der Kronprinz mit der Prinzessin Viktoria die Vorstellung im Schauspielhaus.

Aus Mainz, 25. Januar, wird der „Köln. Ztg.“ berichtet: „Heute haben hier und in den umliegenden Städten eine Anzahl junger Leute, welche bei der Rekruteneinführung im Herbst als überzählig zurückgestellt waren, Einberufung zur Waffe auf die ersten Tage des April erhalten. Aus dieser Thatsache zu schließen, hat also die Reichsregierung für alle Fälle ihre Anordnungen getroffen, damit die vorgeschlagene Vermehrung der Präsenzstaffel ausgeführt werden kann.“

Das genannte Blatt bemerkt dazu: „Nach einer Bestimmung der Ersatzordnung werden die als Ueberzählige zurückgestellten Militärpflichtigen, insofern sie auch im dritten Militärpflichtjahre überzählig bleiben und auch bis zum 1. Februar des folgenden Kalenderjahres zur Nachstellung nicht gebraucht werden, der Ersatzreserve überwiesen. Die Einberufung solcher Ueberzähligen muß also noch im laufenden Monat Januar geschehen, damit sie überhaupt stattfinden kann. Als eine Vorwegnahme der in der Militärvorlage geforderten Heeresvermehrung braucht diese Maßregel noch nicht angesehen zu werden; die Militärbehörde hat nur einen in ihrer Zuständigkeit gelegenen Schritt gethan, um sich den etwa nöthig werdenden Rekrutenbestand zu sichern. Auf wie lange die betreffenden Ueberzähligen bei den Fahnen bleiben werden, wird abzuwarten sein.“ — Allerdings bezieht diese Erläuterung der „K. Z.“ sich nur auf Militärpflichtige des dritten Befreiungsjahres, während nicht berichtet wird, daß lediglich solche die Einberufung erhalten haben.

Der Etat zeigt 14 neue Staatsanwalts-

stellen an. Dem Oberlandesgerichte in Breslau wird, entsprechend der ungewöhnlichen Größe des dortigen Oberstaatsanwaltsbezirks, ein dritter Staatsanwalt beigegeben; bisher stand hier ein ständiger Hilfsarbeiter im Etat. Bei den Landesgerichten sollen 23 neue Staatsanwaltschaften geschaffen werden. Gegenwärtig fungiren bei den Staatsanwaltschaften der 92 Landgerichte 92 Erste Staatsanwälte, 151 Staatsanwälte, 78 ständige Hilfsarbeiter und 15 nicht ständige Hilfsarbeiter. Nach diesen Angaben steht die Zahl der Hilfsarbeiter in einem erheblichen Mißverhältniß zu derjenigen der etatsmäßigen Beamten, wodurch dem Dienst der Staatsanwaltschaft große Nachteile bereit werden, indem der gegenwärtige Zustand die Folge hat, daß die Geschäfte zu einem beträchtlichen Theile von Richtassessoren wahrgenommen werden, welche in einer mit den dienstlichen Interessen unvereinbaren Häufigkeit zu wechseln pflegen. Vorzugweise erforderlich sind neue Staatsanwaltschaften bei den 13 Landgerichten in Neu-Nuppin, Beuthen in D. S., Gleiwiß, Stade, Nachen, Elberfeld, Vaderborn, Lyd, Tilft, Elbing, Bromberg, Ostrowo und Schneidemühl.

Die preussischen Behörden geben den Sozialdemokraten jetzt wieder mit großer Strenge zu Leibe. Am 24. wurde in Frankfurt a. M. wieder eine größere Anzahl Sozialdemokraten auf das Volkstheatersplatz geladen — man spricht von zwanzig — und ihnen die Eröffnung gemacht, daß sie binnen 48 Stunden das Gebiet des „Kleinen Belagerungszustandes“ zu verlassen hätten. Unter den Ausgewiesenen befinden sich nicht nur die am Sonnabend verurtheilten Sozialisten, sondern auch sieben Personen, die als Zeugen in dem Sozialistenprozesse figurirten. Außerdem wurden vier Wirthe ausgewiesen, in deren Lokalen die Sozialdemokraten meistens zu verkehren pflegten. — Auch in Danzig hat man Maßregeln gegen Sozialdemokraten ergriffen. Gestern Abend wurden dort 12 Sozialisten, darunter auch der Reichstagskandidat Jodan, nachdem bereits am Montag zahlreiche Hausdurchsuchungen stattgefunden hatten, wegen Theilnahme an einer geheimen Verbindung verhaftet.

Aus Bromberg wird geschrieben: „Wie sehr die deutschfreisinnigen Parteiführer die Fühlung mit ihren Parteigenossen im Lande verloren haben, zeigen die Vorgänge in Danzig und Königsberg. Noch drastischer macht sich die Mißstimmung gegen Herrn Richter in Bromberg geltend. Hier haben die Deutschfreisinnigen vor einigen Tagen beschlossen, von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten abzusehen und im Interesse der Einigung aller deutschen Wähler gegenüber Polen und Ultramontanen dem freiconservativen Regierungs-Präsidenten von Tiedemann ihre Stimme zu geben, falls dieser von konservativer Seite aufgestellt werde. Deutschfreisinnige wollen einen Freiconservativen wählen und noch dazu einen Regierungs-Präsidenten. Unzweideutiger kann doch wohl kaum die Absage an die Parteileitung ausgedrückt werden. Herr von Tiedemann soll aber mit Rücksicht auf das Wahlkartell der drei Septennatparteien es abgelehnt haben, statt des bisherigen Vertreters, des deutschkonservativen Ober-Verwaltungsgerichtsraths Hahn zu kandidiren.“

Der Handelsminister hat die königlichen Regierungen veranlaßt, sich gütlich darüber zu äußern, ob und in welchem Maße der Zustand des Baugewerbes Mißstände erkennen läßt, welche die Wiedereinführung der Meisterprüfungen für das Baugewerbe wünschenswerth erscheinen lassen. Sollten die königlichen Regierungen sich für eine Wiedereinführung des Befähigungsnachweises erklären, so wird eine Aeußerung darüber erforderlich, wie der Kreis derjenigen Baugewerbetreibenden, für welche ein Befähigungsnachweis zu fordern sein würde, nach den Zweigen des Baugewerbes abzugrenzen sein möchte. — Wichtiger, als die Gutachten der Regierungen würden hier wohl diejenigen der gewerblichen Kreise selbst sein.

Der beinahe 14 Jahre währende dänische Verfassungskampf scheint an der Schwelle eines neuen Entwicklungsstadiums zu stehen. Es wird allerdings zunächst noch abzuwarten sein, welchen Ausfall die Neuwahlen zum Abgeordnetenhaus (Folkething) liefern. Indessen zweifelt heute schon Niemand daran, daß die alte oppositionelle Mehrheit, die $\frac{3}{4}$ der Gesamtzahl be-

trug, wiederkehren wird. Ist dies der Fall, so dürfte der König persönlich eingreifen. In Kreisen, die dem dänischen Hofe nahe stehen, wird versichert, König Christian IX. werde die Fortsetzung des Verfassungskampfes mit großem Bedauern, da er von den Auslassungen vieler loyaler Männer, deren Meinung er schätzt, nicht unberührt geblieben sei. Andererseits haben seine offiziellen Rathgeber und die Presse der Regierungspartei in der jüngsten Zeit oft und feierlich versichert, die Stimmung im Lande habe sich gegen die Opposition gekehrt. Wenn nun das Ergebnis der vom Könige persönlich gewünschten neuen Wahlen am 28. d. diese Versicherungen des Ministeriums Estrup und die Bildung eines Kompromiß-Ministeriums zu erwarten. Der König wünsche sein Leben in Frieden mit seinem Volke zu beschließen.

General-Lieutenant von der Tann in Augsburg erläßt folgenden Aufruf an alte Kampfgenossen: Der Wahlkampf steht vor der Thüre. Man will dem Heldenkaiser seine Forderungen für die Armee nicht bewilligen. Denkt zurück an den Feldzug von 1870 und die ruhmreichen Schlachten. Viele von Euch standen unter meinem Kommando oder kennen mich. So wie einst gegen den Feind, so wollen wir miteinander stimmen zum Besten der Armee und des Vaterlandes. Wählt Männer, welche zu Kaiser und Reich stehen. Es lebe der Kaiser!

Die Allianz zwischen dem gallischen Hahn und dem Eisbär ist bisher nicht zu Stande gekommen und wird es wahrscheinlich nicht, obwohl es an eifrigen Bemühungen, sie herbeizuführen, auf der einen und der anderen Seite nicht fehlt. Inzwischen fahren die Russenfreunde in Frankreich und die mit Frankreich kofettirenden Deutschen in Rußland fort, sich Schmeicheleien zu sagen und kleine Geschenke zu machen. Das französische Republikanerthum nimmt an dem moskowitzischen Despotismus keinen Anstoß, und es ist wirklich rührend, zu sehen, wie die Nachkommen der Bastillefürmer und die Verfechter des nacktesten Absolutismus sich über den gemeinschaftlichen Gegner hinweg die Hände reichen und ihrer ewigen Freundschaft versichern. Ein Mann, der in Rußland eben in der höchsten Gunst steht, ist Herr Florens, der französische Minister des Auswärtigen, der die bulgarische Deputation so schön abgetrumpft hat, aber auch Herr Deroude, der Sänger der Revanche *par excellence*, ist von seinen Verehrern im Jarenreiche nicht vergessen. Es ist dem Verfasser der „Soldatenlieder“ auf seiner Tournee in Rußland nicht gelungen, die maßgebenden Kreise für sich und die von ihm vertretene Idee zu interessieren, um so größeren Anklang fanden seine reservierten, aber sehr verständlichen Bankettreden und Toaste in den Reihen Jener, deren Haß gegen Deutschland ebenso heftig wie ihr Einfluß zum Glück unbedeutend ist. Man hegt dort ein zeitliches Faible für den gewaltigen Paul, der beim Champagner so liebenswürdig zu plaudern verstand, für die russischen Zustände mit diplomatischer Schlaubert nur Worte des Lobes hatte und so ganz nebenbei zwischen einer Anekdote über eine Pariser Ballettweise und einem gelehrten Exkurs über russisch-französische Beziehungen zur Zeit der großen Katharina, seine Gedanken und Pläne in leiser Anspielung einflechte. In diesen Tagen einer verstärkten Annäherung zwischen der beiden Ländern wurde die Erinnerung an den famosen Revanche-Apostel wieder wach, und man beschloß, demselben ein sichtbares Zeugniß der warmen Freundschaft und Werthschätzung, deren er in Rußland seit jener vielbesprochenen Rundtour sich erfreut, zu übermitteln. Eine wohlverpackte Kiste an Herrn Deroude's Adresse ging vor Kurzem aus der alten Hauptstadt Rußlands ab und gelangte unverfehrt in der Metropole Frankreichs an. Sie kam von den Verehrern Deroude's in Moskau und erhielt als Geschenk für ihn eine silberne Statue, eine weibliche Figur, welche das heilige Rußland repräsentirt, wie es sich auf einen Schild stützt und in der Rechten ein zu Boden gesenktes Schwert hält. Der „moderne Vereiniger“, die „neue Jungfrau von Orleans“ — als solcher wurde ja wohl Herr Deroude kürzlich von einigen übergeschnappten Anhängern gefeiert — soll bei dem Anblicke des moskowitzischen Cadeau's Freudenthrä-

nen vergossen und gerufen haben: „Fürwahr, wenn ich nicht Franzose wäre, so möchte ich wohl Russe sein.“

Aus Anlaß eines Duells mit Fleva bot, wie aus Bukarest gemeldet wird, der Minister des Aeußeren, Phereide, dem Minister-Präsidenten Bratiano seine Demission an. Der Minister-rath lehnte die Annahme derselben ab. — Die Verwundung des Deputirten Fleva ist eine ernstere, als ursprünglich verlautete. Es droht ihm Verlust eines oder zweier Finger.

Wie aus Kairo mit der letzten Post gemeldet wird, ist der Prinz von Neapel und Thronfolger von Italien am 16. d. Mts., von Malta kommend, in Alexandrien angelangt und wurde dort durch die Prinzen Hassan und Hussein Pascha, Brüder des Khedive, und dessen ersten Zeremonienmeister, Tonino Pascha, welche dem hohen Gaste entgegengeereit waren, namens des Vizekönigs begrüßt. Auch der Gouverneur der Stadt, sowie die Spitzen sämtlicher Zivil- und Militär-Behörden hatten sich zum Empfang eingefunden und wurden von den Forts und den Stationschiffen Salutsschüsse gelöst. Der Aufenthalt des Prinzen in Alexandrien war auf zwei Tage anberaumt, worauf er sich in dem Extrazug des Vizekönigs nach der Hauptstadt begab, wo das Schloß Kasr ennuzza für ihn hergerichtet war. Die italienischen Kolonien von Kairo und Alexandrien haben in der vorgedachten Versammlung beschlossen, dem Thronerben großartige Ovationen darzubringen und unter Anderem ein fünfzehngliedriges Komitee zu bilden, an dessen Spitze Graf Foghe steht, welcher sich erboten hat, aus eigenen Mitteln dem Prinzen zu Ehren ein Festdiner zu veranstalten. Bei Abgang des Briefes waren endgültige Beschlüsse noch nicht gefaßt, doch überwog die Anschauung, es werde dem Prinzen ein die Namen aller in Egypten ansässigen Italiener enthaltendes Album überreicht und eine Erinnerungs-Medaille geprägt werden.

Überall, wo man geneigt ist, den Forderungen Rußlands in Betreff Bulgariens nachzugeben, verbreitet man, daß Rußland sich zu veröhlicher Haltung entschlossen habe. Diese Botenschaft ist auch bis Sofia gedrungen und wird dort um so lieber geglaubt, als ohne die gerühmte russische Maßigung die Lage Bulgariens recht hoffnungslos wäre. In Folge dessen geht man, wie man der „Bosn. Ztg.“ meldet, den Unterhandlungen in Konstantinopel zuversichtlicher entgegen. Das Telegramm lautet:

Sofia, 27. Januar. Es wird bestätigt, daß Aussicht auf eine Verständigung in Konstantinopel vorhanden ist. Der Großvezier sprach sich ungünstig über Zankow's Programm aus. Bulcovitch sagte: Der Großvezier handle eher wie ein Bulgare als Zankow. Das Regierungsblatt „Swoboda“ nennt Zankow einen Vaterlandsverräter. Die Wendung in der Auffassung der bulgarischen Frage seitens der Pforte wird auf den Einfluß des englischen Botschafters Sir William White zurückgeführt. Die bulgarische Regierung ist geneigt, die Wahl einer neuen Sorbranzje zu bewilligen, aber nur für Bulgarien und Ostrumelien zusammen; auch will sie nur das Ministerium des Unterrichts und der Justiz, aber keineswegs das des Innern an Zankowisten abtreten, damit diese nicht die Wahl fälschen können. Auf Verfassungsänderungen wird die Regierung vor der Fürstwahl nicht eingehen. — Der Prinz von Battenberg hat nicht den Herzog von Leuchtenberg, sondern den Prinzen von Oldenburg empfohlen.

Inzwischen ist bereits eine formelle Aeußerung der türkischen Regierung über die Zankow'schen Vorschläge erfolgt. Die „Bosn. Ztg.“ erhält nachstehendes Telegramm:

Wien, 27. Januar. Wie aus Konstantinopel gemeldet wird, setzte die Pforte die bulgarische Regierung in Kenntniß davon, daß sie bei den Verhandlungen zur Lösung der bulgarischen Frage nicht beabsichtige, sich zum Anwalt irgend eines einseitigen Standpunktes zu machen, vielmehr die Ausgleichung der einander entgegenstehenden Interessen für ihre Aufgabe ansehe. Aus diesem Grunde glaube sie einige Punkte des Zankow'schen Memorandums, deren definitive Erledigung dem künftigen Fürsten und den ver-

